

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de



VON KRISEN UND IHREN PROFITEUREN

Stellen Sie sich vor, Sie wären vor 20 Jahren in einen Tiefschlaf versetzt worden und würden Ende 2025 wieder aufwachen. Würden Sie der Aussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vom 3. Oktober 2020 zustimmen, wir lebten im „besten Deutschland, das es jemals gegeben hat“? Oder würden Sie unser Land kaum wiedererkennen?

Die Unzufriedenheit im Land ist groß. Laut einer INSA-Umfrage vom Dezember 2025 bewerten 70 % der Befragten die Regierungsarbeit negativ; nur 23 % zeigen sich mit Bundeskanzler Friedrich Merz zufrieden. Merz hat das Vertrauen verspielt.

Doch sind die Kritiker wirklich alles Verschwörungstheoretiker und Demokratiefeinde? Oder spiegeln die Zahlen vielmehr die Folgen einer Politik wider, die seit Jahren Wohlstand abbaut? Hohe Steuern und Abgaben, Energieverknappung, Wohnungsmangel und wirtschaftliche Fehlentscheidungen haben Deutschland geschwächt. Nicht zufällig wird das Land inzwischen mit einem Patienten auf der Intensivstation verglichen.

Seit fast zwei Jahrzehnten reiht sich Krise an Krise: die Weltfinanzkrise 2007/08, die Flüchtlingskrise ab 2015, die sogenannte Klimakrise, die Corona-Maßnahmen von 2020 bis 2022 und der Ukrainekrieg seit 2022. Jede dieser Krisen hatte massive wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen.

Auffällig ist dabei ein Muster: Krisen werden genutzt, um politische Projekte voranzutreiben, die zuvor kaum Mehrheiten fanden.

Während der Coronakrise wurde etwa die europäische Schulden- und Transferpolitik ausgeweitet. Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sprach offen von einer „Chance“, die Wirtschafts- und Finanzunion zu vertiefen und Kompetenzen stärker auf die EU-Ebene zu verlagern. So wurde das Vorhaben „Europäischer Zentralstaat“ vorangebracht und mit den massiven Grundrechtseinschränkungen dieser Zeit gezeigt, wie weit der Staat gehen kann. Ein Vorgeschmack auf Kommendes?

Auch die Klimakrise bietet ein unermessliches Betätigungsfeld. Der EU-Green-Deal, das zentrale Wachstums- und Klimaschutzprogramm der EU, greift tief in Wirtschaft und Alltag ein und verursacht hohe Kosten. Das Bundesverfassungsgericht stellte zudem fest, dass zum Schutz des Klimas künftig auch erhebliche Freiheitseinschränkungen verhältnismäßig sein können.

Der Ausnahmezustand scheint zunehmend zum Normalfall zu werden. Im Herbst 2025 brachte der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter angesichts erhöhter Drohnenmeldungen die Ausrufung des „Spannungsfalls“ ins Gespräch – ein im Grundgesetz im Artikel 80a verankerter Zustand unterhalb des Verteidigungsfalls. Er würde Notstandsregelungen aktivieren, darunter erweiterte Befugnisse für Staat und Bundeswehr sowie mögliche Eingriffe in Infrastruktur und Wehrpflicht.

Parallel treibt die EU ihre Verteidigungsinte-

gration voran. Programme wie das European Defence Industry Programme (EDIP) und die European Defence Industrial Strategy (EDIS) sollen Rüstungskooperationen ausbauen und milliarden schwere Investitionen ermöglichen. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen setzt auf eine stärkere sicherheitspolitische Zentralisierung, etwa durch den Aufbau eines EU-Geheimdienstes. Mit der Kriegswirtschaft zieht eine stille Militarisierung des Alltags ein. Die Bedrohung aus dem Osten wird beschworen, Deutschland soll „kriegsfähig“ werden. Wie weit sind wir schon auf diesem Weg?

Viele Bürger fragen sich daher: Werden Krisen konsequent gelöst – oder dienen sie als Hebel für mehr Zentralisierung, Regulierung und Machtverschiebung? Fest steht: Jede Krise hat nicht nur Verlierer, sondern auch politische Profiteure.

Krisenpolitik kann Freiheiten und Rechte der Bürger einschränken und damit das Fundament unseres Wohlstands und der demokratischen Ordnung gefährden. Demokratie lebt jedoch vom offenen Diskurs. Wenn Kritik delegitimiert und abweichende Meinungen an den Rand gedrängt werden, gerät dieses Fundament ins Wanken.

Die zentrale Frage lautet daher: Wie viel Freiheit sind wir bereit aufzugeben – und zu welchem Preis?

Mario Beger, Mitglied des Landtages

SPRITPREISE EXPLODIEREN – UND DIE REGIERUNG VERHÖHNT DIE AUTOFAHRER

Es klingt wie eine absurde Idee aus einer politischen Satire. Doch genau das ist längst Realität: In Deutschland und der Europäischen Union wird tatsächlich Luft besteuert. Die Theorie dahinter ist einfach: Weil Menschen heizen, arbeiten, Auto fahren und Energie verbrauchen, entsteht Kohlendioxid. Dieses Gas gilt in der politischen Debatte als Hauptverursacher des Klimawandels. Also soll CO₂ einen Preis bekommen. Der Staat nennt das „Klimaschutz“. In Wahrheit handelt es sich um eine staatlich festgelegte Zusatzabgabe auf Energie.

Besonders spürbar wird diese Politik derzeit an der Zapfsäule. Die Spritpreise gehen durch die Decke – nicht nur wegen internationaler Krisen und Konflikte, sondern auch wegen der politisch beschlossenen CO₂-Kosten, die Jahr für Jahr steigen. Für Pendler, Handwerker und Familien wird jeder Tankvorgang zur existenziellen Krise. Für alle Bürger bedeutet es vor allem eines: höhere Lebenshaltungskosten. Denn teures Benzin verteuert nicht nur Autofahren. Es verteuert Transporte, Handwerksleistungen, Lebensmittel – am Ende nahezu alles. Doch statt Entlastung gibt es aus Berlin vor allem eines: Belehrungen.

Wie zynisch die Reaktion der Regierung auf diese Entwicklung ist, zeigte sich kürzlich im Deutschen Bundestag. Der klimapolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Karsten Hilse wollte wissen, was die Bundesregierung angesichts explodierender Spritpreise – auch infolge der Spannungen mit dem Iran – zur Entlastung der Autofahrer unternehmen wolle.

Die Antwort von Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) ließ tief blicken: Man solle am besten ein batterieelektrisches Auto fahren – dann sei man vom Benzinpreis unabhängig.

Mit anderen Worten: Wer sich den steigenden Benzinpreis nicht leisten kann, soll sich einfach ein neues Auto kaufen. Das zeigt nur zu deutlich die Arroganz der Regierungsparteien gegenüber den Sorgen der einfachen Menschen.

Für viele Menschen stellt sich deshalb eine einfache Frage: Ist es Zeit für eine grundlegende Kurskorrektur? Denn eines ist sicher: Mobilität darf in einem Industrieland kein Luxus werden.

Über 60 Prozent des Spritpreises bestehen aus Steuern und Abgaben. SPD und Grüne haben unter der Ampel-Regierung die CO₂-Abgabe rücksichtslos hochgeschraubt. Die CDU hat diese Erhöhungen mitge-



tragen. Sie opfern den Wohlstand der Deutschen auf dem Altar ihrer verrückten Klimaideologie.

Die AfD-Fraktion fordert: sofortige Abschaffung der CO₂-Abgabe sowie eine Senkung der Energie und Mehrwertsteuer auf Benzin und Kraftstoffe auf ein Minimum. Wir brauchen bezahlbare Mobilität, nicht diesen schwarz-grünen Wahnsinn, der Familien und Unternehmen in den Ruin treibt.

Mario Beger, Mitglied des Landtages

HANDWERK IN LÄNDLICHEN REGIONEN STÄRKEN – BERUFSSCHULEN ERHALTEN!

Mit einem eindringlichen Brandbrief warnt die Handwerkskammer vor der Schließung weiterer Berufsschulen in ländlichen Regionen Sachsens. Ein gleichwertiges Angebot beruflicher Bildung in Stadt und Land sei Voraussetzung dafür, dass Betriebe ausbilden und Jugendliche sich für eine Ausbildung entscheiden.

Mario Beger, handwerkspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, sieht die Entwicklung mit Sorge. „Sachsen muss ländliche Regionen, das Handwerk und die duale Ausbildung stärken“, erklärt er.

Die Lage sei bereits angespannt: Laut einer parlamentarischen Anfrage (Drs. 8/5136) sind seit 2022 im sächsischen Baugewerbe 7.514

Arbeitsplätze verloren gegangen. Für Beger ist das ein deutliches Warnsignal.

Statt Berufsschulstandorte auszudünnen, brauche es gezielte Maßnahmen zur Stärkung des Handwerks. Die AfD-Fraktion fordert daher – im Einklang mit der Handwerkskammer – den Erhalt der ländlichen Berufsschulen. Zusätzlich schlägt sie einen Führerschein-Zuschuss für Auszubildende sowie eine Erhöhung des Meisterbonus vor.

Für Kammer und AfD gilt: Wer das Handwerk sichern will, muss in Ausbildung investieren – auch im ländlichen Raum. (bwp)

BESUCHERGRUPPE AUS DEM LANDKREIS MEIßEN ZU GAST IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Rund 50 politisch interessierte Bürger aus dem Landkreis Meißen folgten Anfang Februar der Einladung der Landtagsabgeordneten Mario Beger und Thomas Kirste, um sich ein Bild von der parlamentarischen Arbeit zu machen.

Nach einer Führung durch den Sächsischen Landtag nahmen die Gäste im Plenarsaal Platz und verfolgten von der Besuchertribüne aus eine laufende Sitzung.

Den Abschluss bildete ein gemeinsamer Imbiss im Tagungsraum der AfD-Fraktion. In persönlicher Atmosphäre beantworteten Mario Beger und Thomas Kirste Fragen der Besucher und gaben Einblicke in ihren parlamentarischen Alltag.

Solche Informationsbesuche sollen auch künftig regelmäßig stattfinden und interessierten Bürgern die Möglichkeit bieten, Politik hautnah zu erleben. (bwp)



KOMMUNALPOLITIK – VIEL VERANTWORTUNG, KAUM ENTSCHEIDUNG?

Im Dezember 2025 führten LVZ und Sächsische Zeitung eine Umfrage unter allen sächsischen Kommunalpolitikern durch, an der sich rund 400 Teilnehmer beteiligten. 42 Prozent der Befragten nahmen ein sinkendes Interesse der Bürger wahr. Gern wird das als Beleg

für Politikverdrossenheit verstanden. Doch ist das so?

Dafür taugt diese Zahl wohl kaum – sie ist vor allem bequem. Sie beschreibt keinen Rückzug der Bürger, sondern eine tiefe Enttäuschung darüber, wie wenig vor Ort noch entschieden werden darf. Wer kommunalpolitische Prozesse aktiv verfolgt, erlebt selten echte Angebote. Haushalte sind vorgegeben, Pflichtaufgaben dominieren, wirkliche Spielräume verschwinden. Bürger werden meist erst beteiligt, wenn es um Details längst beschlossener Vorhaben geht – Scheinbeteiligung, damit das Wort „Bürgerbeteiligung“ medienwirksam im Raum steht.

Kein Wunder also, dass Interesse nicht im Sitzungssaal entsteht, sondern dort explodiert, wo etwas verhindert werden soll, was längst beschlossen ist. Protest ersetzt Beteiligung, weil Beteiligung offenbar erfolglos ist.

Gleichzeitig sitzen die Kommunalpolitiker selbst in derselben Falle. Fast 80 Prozent geben an, sich zu engagieren, um konkret etwas zu verändern – aber eben fast genauso viele sagen, dass genau das kaum noch möglich ist. Sie tragen Verantwortung ohne Gestaltungshoheit, rechtfertigen Entscheidungen, die sie treffen durften, und verteidigen Sparzwänge, die ihnen von Bund und Land aufgezwungen wurden. Als Dank erhalten sie den Frust der Bürger aus erster Hand – oft persönlich, manchmal aggressiv.

Das ist kein individuelles Scheitern, sondern ein systemisches. Kommunen sollen Verantwortung tragen, haben aber kaum Entscheidungsspielraum – in Unternehmen würde man so einen Umgang miteinander wohl Mobbing nennen. Sie sollen Nähe schaffen, verwalten aber Mangel. Sie werden wortreich als Fundament der Demokratie beschworen, aber finanziell und rechtlich am langen Arm verhungern gelassen. Wer das ignoriert, wechselt Symptome mit Ursachen.

Und was passiert konkret?

Asylunterbringung, Windparkflächen, Mobilfunkausbau – sind politische Peitschenhiebe aus Berlin und Dresden. Proteste, Finanzierungslücken, Flächenbereitstellung und Kritik landen vor Ort. In die Ruder gehen müssen dann die Kommunalpolitiker als Galeerensklaven. Ist das fair? Ist das wirklich Demokratie?

Der Konflikt verläuft nicht zwischen Bürgern und Räten. Er verläuft zwischen Erwartungen und Realität. Zwischen politischen Versprechen und kommunaler Ohnmacht. Solange Land und Bund Aufgaben nach unten durchreichen, ohne Verantwortung und Mittel mitzuliefern, wird sich daran nichts ändern.

Warum also überhaupt noch mitmachen?

Weil es um unsere Heimat geht. Und weil sich dort etwas ändern muss.

Martina Jost,
Mitglied des Landtages



WINDPARK STROGA: AFD-FRAKTION KÄMPFT FÜR KOMMUNALE PLANUNGSHOHEIT

Wir als AfD-Stadtratsfraktion haben im Stadtrat am 04.02.2026 beantragt, im Falle einer Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens durch den Landkreis Meißen verpflichtend Klage zu erheben. Anlass ist das geplante Vorhaben „Windpark Stroga“ (Teil A und B), das aus unserer Sicht erhebliche natur-, wasser- und verfassungsrechtliche Fragen aufwirft.

Das Projekt grenzt unmittelbar an ein Wasser- sowie an ein Landschaftsschutzgebiet. Zudem sind im betroffenen und angrenzenden Bereich besonders geschützte Arten nachgewiesen. Für uns steht fest: Hier sind zentrale Schutzgüter des Natur-, Arten- und Trinkwasserschutzes in erheblichen Umfang betroffen.

Rechtlich stützen wir uns auf § 36 BauGB. Das gemeindliche Einvernehmen ist keine Formsache, sondern zwingende Voraussetzung für eine Baugenehmigung. Eine Ersetzung ist nur zulässig, wenn unsere Versagung rechtswidrig wäre. Angesichts der vorliegenden fachlichen Einwände ist eine solche Rechtswidrigkeit für uns nicht erkennbar. Eine Ersetzung würde vielmehr einen Eingriff in unsere durch Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz garantierte Planungshoheit darstellen. Diese kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut – und wir sind verpflichtet, sie zu verteidigen.

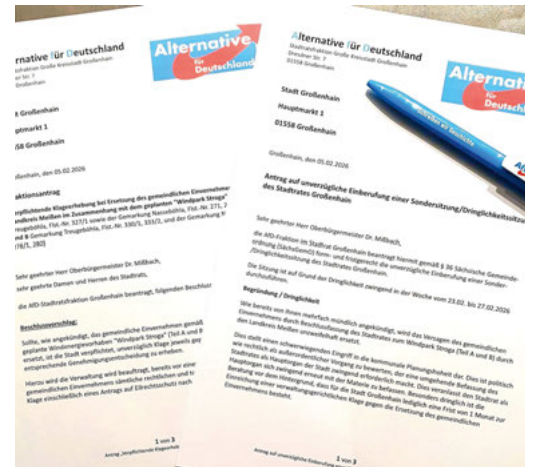
Besonders ernst nehmen wir die Bedenken zum Trinkwasserschutz. Der zuständige Trinkwasserzweckverband Pfeifholz hat deutliche Vorbehalte geäußert, insbesondere

hinsichtlich möglicher Havarien. Windenergieanlagen enthalten faserverstärkte Kunststoffe. Bei Brand- oder Schadensereignissen können Glas- oder Carbonfasern freigesetzt werden, die langlebig und kaum rückholbar sind. Gelangen solche Stoffe in den Boden, ist eine Verlagerung in tiefere Schichten nicht auszuschließen. Nach § 51 Wasserhaushaltsgesetz gilt der Vorsorgegrundsatz: Eine Gefährdung muss sicher ausgeschlossen werden.

Auch artenschutzrechtliche Fragen nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz sowie Vorgaben des Sächsischen Naturschutzgesetzes spielen eine wichtige Rolle. Bereits ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für geschützte Vogelarten kann ein Vorhaben unzulässig machen. Zudem verpflichtet § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB dazu, Naturschutz und Landschaftspflege zwingend in die Abwägung einzubeziehen.

Kritisch sehen wir zudem die pauschale Berufung auf § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, wonach Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen. Aus unserer Sicht stellt sich hier die Frage, ob dadurch die kommunale Selbstverwaltung faktisch ausgehöhlt wird.

Unser ursprünglicher Antrag wurde vom Bürgermeister zur Stadtratssitzung am 04.02.2026 nicht zugelassen. Um jedoch keine Fristen zu versäumen, haben wir für den Fall, dass das Landratsamt beim Teil A des Windparks Stroga das Versagen unseres Einvernehmens ersetzt, eine Sondersitzung beantragt. In dieser Sondersitzung konnten wir



erreichen, dass der Bürgermeister im Falle einer Ersetzung des Einvernehmens Widerspruch einlegen muss.

Auch wenn wir unser Ziel einer verpflichtenden Klageerhebung noch nicht vollständig erreicht haben, werten wir die Sondersitzung als wichtigen Teilerfolg. Zudem haben wir die anderen Fraktionen für das Thema sensibilisiert. Ohne unser Engagement wäre kein Widerspruch erfolgt.

Wir bleiben dran und werden weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Planungshoheit unserer Gemeinde sowie den Schutz von Trinkwasser, Natur und Landschaft entschlossen zu verteidigen.

AfD-Stadtratsfraktion Großenhain

GEMEINSAM FÜR EIN STÜCK FREUDE

Seit 2019 ist es mir ein Herzensanliegen, zu Ostern und Weihnachten kleine Präsente an die Kundinnen und Kunden der Tafel in Großenhain zu überreichen. Was einst als kleine Geste begann, ist inzwischen zu einer festen und warmherzigen Tradition geworden, die vielen Menschen in schwierigen Zeiten ein Stück Freude und Wertschätzung schenkt.

Gerade jetzt spüren immer mehr Menschen, wie belastend der Alltag geworden ist. Steigende Preise, geringe Einkommen, niedrige Renten oder persönliche Schicksalsschläge bringen viele an ihre Grenzen. Wer zur Tafel kommt, tut dies meist nicht aus freier Entscheidung, sondern aus Not – oft nach langem Zögern und mit großem Mut. Die Tafel ist für sie ein Ort, an dem sie nicht nur Unterstützung erhalten, sondern auch Respekt und ein offenes Ohr finden.

Umso größer war die Freude über die liebevoll gepackten Weihnachtspräsente. Sie sind ein Zeichen dafür, dass diese Menschen nicht vergessen sind.

Diese Tradition soll fortgeführt werden – als Geste der Mitmenschlichkeit, als Ausdruck gelebter Solidarität und als Erinnerung daran, wie wichtig Zusammenhalt gerade in herausfordernden Zeiten ist.

Ich bedanke mich von Herzen bei allen Helfern und Spendern.

Mario Beger, Mitglied des Landtages

Helfen Sie mit und unterstützen Sie unser Projekt mit einer kleinen Spende – machen Sie es zu Ihrer Herzensangelegenheit. Jeder Euro zählt!

Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56
BIC: OSDDDE81XXX

Verwendungszweck: Herzensangelegenheiten WK 37
Name und Adresse bitte für die Spendenquittung angeben.



WENN ES UM UNSER DORF GEHT, SIND WIR NICHT LEISE

Im vergangenen Herbst hat unser Ortschaftsrat, unterstützt von Anwohnern und Freunden, fünf neue Obstbäume entlang der Uebigauer Straße gepflanzt. Einige der alten Bäume waren leider eingegangen und mussten entfernt werden. Es war uns aber wichtig, die Lücken wieder zu schließen. Wenn die Bäume eines Tages Früchte tragen, profitieren alle davon – und vielleicht lernen unsere Kinder ganz nebenbei, wie gut regionale Lebensmittel schmecken. Die Kosten für die Pflanzaktion haben wir mit 350 Euro aus dem Ortsteilbudget beglichen, weitere 180 Euro kamen aus dem Erlös der Weihnachtsbaumverbrennung.

Unsere jährliche Weihnachtsbaumverbrennung ist ein gemütlicher Abend am wärmenden Feuer mit Bratwurst und regionalem Glühwein von René Werft aus Zabeltitz. Man wird den alten Baum los und hat Zeit für ein Schwätzchen und oft entstehen Ideen für neue Projekte. Genau diese Begegnungen machen unsere Dorfgemeinschaft aus.

Aber Dorfleben heißt nicht nur Feiern und Pflanzen. Es heißt auch, sich zu kümmern. Bei der letzten Ortsbegehung mit Oberbürgermeister Dr. Mißbach ging es unter anderem um das Dauerthema: der Fußweg nach dem Glasfaserausbau. Auf dem Fußweg der Uebigauer Straße liegt noch immer grober Schotter – von einem ordentlichen Zustand kann keine Rede sein. Wir fordern eine Sächsische Wegedecke, damit Pflege und Winterdienst wieder vernünftig möglich sind. Auch die Gefahrenstelle zwischen der ehemaligen Pizzeria und den Glascontainern bereitet uns Sorgen. Dort sind viele Kinder und auch Erwachsene mit Pferden zwischen Stall und Koppel unterwegs. Eine bessere Beleuchtung wäre aus unserer Sicht sinnvoll. Die Stadt tendiert aus Kostengründen eher zur Beschilderung und Tempo-30-Zone. Wir machen Druck, dass wenigstens diese Variante umgesetzt wird.



ter Arten und in direkter Sichtbeziehung zum Barockgarten Zabeltitz, zum Palais, zum Heidebergturm und zum Landschaftsschutzgebiet „Strauch-Ponickauer Höhenrücken“. Es geht hier aber auch um unsere Lebensqualität. Um den Wert unserer Grundstücke und Felder. Um offene Fragen zur Wirtschaftlichkeit, zum vollständigen Rückbau und zu fehlenden Angaben etwa zu Einspeisepunkten oder Trafo-Standorten. Und es ist für uns schwer nachvollziehbar, dass Ausgleichsmaßnahmen teilweise nicht einmal vor Ort stattfinden sollen, aber sämtliche Nachteile sollen hier getragen werden.

Unsere Heimat ist kein x-beliebiger Planungsraum. Sie ist unser Zuhause. Hier wachsen unsere Kinder auf und vielleicht einmal unsere Enkel. Dafür tragen wir Verantwortung.

Michael Hitschke,
Ortsvorsteher Nasseböhla/Stroga

Ein Thema, das viele von uns hier persönlich betrifft, möchte ich nicht unerwähnt lassen: der geplante Windpark Stroga. Gemeinsam mit den Ortschaftsräten von Skäßchen und Strauch hat unser Ortschaftsrat Ende Januar dazu klar Stellung bezogen. Das gemeindliche Einvernehmen für den Immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrag darf weiterhin nicht erteilt werden. Was hier geplant ist, bedeutet für uns einen massiven Eingriff in unsere Heimat. Windenergieanlagen mit bis zu 261 Metern Höhe – mitten in Brut-, Jagd- und Rastflächen geschütz-



Sitzungen des Ortschaftsrats Nasseböhla (mit Stroga)

Termine 2026:
26.6. / 9.10. / 4.12.

Beginn: 18.00 Uhr

Ort: Freizeitanlage Stroga, Jugendklub (Baracke 1)



Impressum:

Herausgeber: Mario Beger, Mitglied des Sächsischen Landtages
V.i.S.d.P.: Mario Beger
Anschrift: Dresdner Str. 7, 01558 Großenhain
E-Mail: blauewahlkreispost@gmail.com

Transparenzhinweis: Diese Veröffentlichung wird von Mario Beger herausgegeben und finanziert. Es handelt sich nicht um eine amtliche Veröffentlichung.

Druck: Druckhaus Scholz GmbH
Auflagenhöhe: 28.000 Stück
Ausgabe: Nr. 10 / April 2026

Urheberrechtshinweis: Nachdrucke von Texten und Bildern, auch auszugsweise, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Herausgebers bzw. des jeweiligen Rechteinhabers.

Hinweise zu externen Inhalten: Diese Veröffentlichung kann Verweise oder QR-Codes zu externen Internetseiten enthalten. Für deren Inhalte sind ausschließlich die jeweiligen Betreiber verantwortlich.

DER GEHWEG, DEN NIEMAND WOLLTE – ABER ALLE BEKOMMEN SOLLEN (KANN SPUREN VON SATIRE ENTHALTEN)



Jahrzehntelang lebten die Bewohner der beschaulichen Anwohnerstraße Bornweg in einem Zustand verkehrsplanerischer Anarchie: Menschen gingen dort tatsächlich ... auf der Straße. Ohne 1,50 Meter Gehweg, ohne 12 Zentimeter Bordstein – kurz: ohne das beruhigende Gefühl, dass Verwaltungsrichtlinien jeden Schritt begleiten.

Doch diese gesetzlose Zeit soll nun enden. Die Stadtverwaltung beruft sich auf die Richtlinie RAST. Dort steht allerdings auch: „In reinen Erschließungsstraßen (Wohngebiete, Sackgassen) mit sehr geringem Verkehr und niedrigen Geschwindigkeiten kann auf Gehwege verzichtet werden.“

Viele Wohngebiete in Großenhain zeigen, dass das durchaus möglich ist. Doch der Bornweg soll auf Biegen und Brechen zivilisiert werden! Die Fahrbahn misst künftig theoretisch

4,50 Meter – praktisch reduzieren Straßenlaternen, Begegnungsverkehr und Schnee diese Breite auf „bitte kurz Luft anhalten“.

Der neue Gehweg gilt als Meisterwerk vorsorglicher Infrastrukturplanung. Zwar gibt es kaum Fußgänger, doch genau darin liegt seine visionäre Stärke: Man baut für die Zukunft. Vielleicht verirrt sich in hundert Jahren ein Spaziergänger hierher.

Parken? Nur noch als Erinnerung. Kurzzeitiges Halten für Besucher, Handwerker oder Pflegedienste wird zur nostalgischen Familiengeschichte. „Früher konnte der Pflegedienst noch bis vor die Tür fahren“, wird man den Enkeln erzählen.

Auch Einfahrten werden zum Geschicklichkeitsparcours. Wer bislang mit Anhänger aufs Grundstück kam, darf sich künftig auf Rangierchoreografien freuen – oder auf das Überfahren des Bordsteins, das klingt, als würde man einen mittelgroßen Findling erklimmen. Begegnungen mit Müllabfuhr, Rettungsdienst oder Lkw entwickeln sich künftig zum sozialen Ereignis. Bei Schnee wird daraus ein kooperatives Strategiespiel: Wer weicht aus – und wohin?

Abschnitt 1 und 2: Das Feldexperiment

Die ersten beiden Bauabschnitte sind bereits fertig. Ein Großteil verläuft einseitig an unbebautem Gelände entlang – ideale Bedingungen, um zu zeigen, wie großzügig es hätte sein können. Das kurze Stück mit beidseitiger Bebauung dient nun als praktisches Anschauungsobjekt: „So eng wird's später überall.“

Abschnitt 3 und 4: Die Rebellion

Die Anwohner der weiteren Bauabschnitte er-

laubten sich daraufhin einen revolutionären Akt: Sie dachten mit. Vorschläge wurden eingebracht – etwa abgerundete Bordsteine, eine schmalere Ausführung oder alternative Trennungen (Pflasterart, Farbe) zwischen Gehweg und Fahrbahn.

Bei einer Informationsveranstaltung lehnten alle anwesenden Anwohner den Gehweg in der geplanten Form ab. Die Verwaltung nahm dieses Votum zur Kenntnis. Die „pädagogisch wertvolle“ Reaktion lautete: „Dann wird die Straße eben nicht gebaut.“

Ausblick

Nun warten die Bürger. Auf Einsicht. Auf Änderungen. Oder auf den ersten Fußgänger, der den 1,50 Meter breiten Gehweg tatsächlich nutzt. Bis dahin üben sie vorsorglich das Rangieren mit Hänger im rechten Winkel.

Gerade in Zeiten klammer Kassen wäre es sinnvoll, vorhandene Spielräume zu nutzen, statt reflexartig zur teuersten Lösung zu greifen. Eine Straße ist kein Formular. Sie ist Lebensraum. Und manchmal genügen gesunder Menschenverstand, gegenseitige Rücksichtnahme und eine Planung, die den tatsächlichen Bedarf vor Ort berücksichtigt.

Am Ende bleibt eine einfache Frage: Baut man für Menschen – oder für Paragraphen?

Und falls in ferner Zukunft tatsächlich ein Spaziergänger den Bornweg entlangflaniert, wird er es vermutlich zu schätzen wissen, dass ihm freundlich Platz gemacht wird – so wie seit Jahrzehnten zuvor. Ganz ohne Bordsteinpädagogik.

AfD-Stadtratsfraktion Großenhain

VERANTWORTUNG VOR ORT: UNSERE ARBEIT FÜR RADEBURG

Mitglieder der AfD engagierten sich gemeinsam mit der AfD-Stadtratsfraktion im Jahr 2025 erfolgreich in und um Radeburg. Im November 2025 legten wir anlässlich des Volkstrauertages ein Gesteck zum Gedenken an die Opfer der beiden Weltkriege nieder. Leider wurde dieses von Unbekannten geschändet und die Schleifen mit unserer Aufschrift entfernt. Wir haben daraufhin Anzeige erstattet. Auch im Januar 2026 gedachten wir am Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus mit einer Kranzniederlegung der Opfer von Gewaltherrschaft und Unrecht.

Aus dem Stadtrat gibt es Erfreuliches zu berichten. Auf Initiative der AfD-Fraktion konnte eine Anhebung der Kindergartenbeiträge verhindert werden. Zudem wurden in Radeburg und seinen Ortsteilen die Hebesätze im Zuge der Grundsteuerreform nicht erhöht. Diese Entscheidung wurde von unserer Fraktion ausdrücklich unterstützt. Darüber

hinaus setzen wir uns aktiv für den Neubau eines Spielplatzes ein, um die Attraktivität unserer Stadt für junge Familien weiter zu stärken.

Regelmäßig beteiligen sich unsere Mitglieder an Bürgergesprächen im Dresdner Norden, insbesondere im Zusammenhang mit der ESMC-Chipfabrik. Dabei informieren wir uns fortlaufend über aktuelle Entwicklungen – vor allem hinsichtlich des notwendigen Ausbaus der Energieversorgung für das neue Industriegebiet vor unserer Haustür. Den geplanten Verlauf der 380-kV-Leitung von 50 Hertz, die quer durch unser Gemeindegebiet führen soll, lehnen wir ab. Mit Unterstützung eines AfD-Stadratsmitglieds wurden über 500 Widersprüche bei der Landesdirektion eingereicht.

Am 17. Januar 2026 unterstützten wir zudem die Banneraktion „Radwegbau jetzt“ an der S96. Der Bau eines durchgängigen



Radweges von Bärnsdorf über Volkersdorf bis Dresden/Nord ist aus unserer Sicht ein wichtiges Infrastrukturprojekt für die Region. Auch künftig werden wir uns an Initiativen zum Radwegausbau sowie zur geplanten 380-kV-Leitung engagiert beteiligen.

Mit Zuversicht, Tatkraft und klaren Zielen starten wir in das Jahr 2026. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, und freuen uns auf die kommenden Aufgaben und Herausforderungen.

AfD-Stadtratsfraktion Radeburg

WINDRÄDER IN GROSSENHAIN: NUR WER ZUSTIMMT, DARF MITREDEN? – SO NICHT!

Was in Großenhain derzeit geschieht, ist kein normaler Streit über Windkraft. Es ist ein Lehrstück darüber, wie Politik Vertrauen verspielt – und anschließend so tut, als läge das Problem bei den Bürgern. Hier geht es um Macht, um Überrumpelung und um das Gefühl, dass Demokratie nur noch auf dem Papier stattfindet.

Der Stadtrat hat sich mehrfach klar gegen die geplanten Windparks ausgesprochen. Zu groß, zu viele, zu nah, zu starke Eingriffe in Landschaft und Natur. Viele Anwohner sehen ihre Lebensqualität bedroht: durch Lärm, durch den Verlust von freier Sicht und durch die Sorge, dass Haus und Grundstück an Wert verlieren. Das sind keine Fantasien, sondern reale Ängste.

Und trotzdem passiert das, was die Menschen am meisten wütend macht: Am Ende wird über die Köpfe der Stadt hinweg entschieden. Der Stadtrat kann protestieren, ablehnen, warnen – und wird dann einfach ignoriert. Denn entschieden wird längst woanders. Wer in Großenhain wohnt, soll das Ergebnis akzeptieren, obwohl man vorher immer wieder gesagt hat: Wir wollen das so nicht.

Rechtlich mag dieses Vorgehen zulässig sein. Politisch ist es brandgefährlich. Wenn gewählte Volksvertreter wiederholt Nein sagen und trotzdem übergangen werden, wird Demokratie zur Kulisse. Das ist der Punkt, an dem aus Ärger Wut wird. Denn wenn selbst gewählte Vertreter nichts ausrichten können, wozu gibt es dann überhaupt noch Kommunalpolitik?

Wenn Bürger auf Veranstaltungen gehen, Fragen stellen, Einwände vorbringen – und am Ende trotzdem alles so kommt, wie es von Anfang an geplant war, dann wirkt jede „Beteiligung“ wie ein Theaterstück. Man darf sich das anschauen, man darf sich aufregen – aber ändern kann man nichts.

Das erinnert an ein Muster, das viele Menschen auch aus den Debatten um Asylunterkünfte kennen: Bedenken werden nicht ernst genommen, sondern moralisch abgewehrt. Wer nicht zustimmt, wird schnell abgestempelt – als „Fremdenfeind“, als „Fortschrittsfeind“ oder als jemand, der „die Zeichen der Zeit nicht verstanden“ habe. So entsteht kein Dialog, so entsteht nur Trotz.

Dazu kommt: Es wirkt nicht wie ein durchdachter Plan, sondern wie ein Wettlauf. Immer neue Anträge, immer neue Zahlen, immer neue Flächen. Als würde man schnell Fakten schaffen wollen, bevor sich Widerstand organisiert. Das ist keine Politik, die Vertrauen schafft. Das ist Politik, die Misstrauen provoziert.

Und dann ist da noch ein Gerechtigkeitsproblem, das kaum jemand ehrlich anspricht: Der ländliche Raum soll die Last tragen, während viele Befürworter der Energiewende in den Städten sitzen – und sich mit der Nut-

zung von „grünem Strom“ ein gutes Gewissen zu erkaufen hoffen, ohne die Folgen vor der eigenen Haustür zu haben.

Und wer profitiert? Einige kassieren Pacht und Gewinne – während die Belastungen bei allen Menschen vor Ort hängen bleiben: Sicht, Lärm, Wertverlust, Einschränkungen für Natur und Landschaft. Das ist keine Energiewende, das ist eine Verteilung von Nachteilen nach unten. Wo wenige Menschen wohnen, erhofft man sich offenbar weniger Widerstand – oder betrachtet ihn als verschmerzbar.

Kein Wunder, dass die Stimmung kippt. Protest wird aggressiver, Misstrauen wächst, die politische Debatte härter. Genau so entstehen Radikalisierung und Politikverdrossenheit. Wer Windkraft gegen Gemeinden durchsetzt, darf sich nicht wundern, wenn am Ende nicht nur verhasste Windräder stehen, sondern auch die Dialogbereitschaft der Bürger zerstört wird.

Eine Zwangs-Energiewende, die auf Übergehung und Ignoranz basiert, erzeugt keine Toleranz für teure und ineffiziente Energieversorgung. Sie erzeugt Widerstand gegen ideologische Fantasieprojekte – und zwar völlig zu Recht.

Christian Reck,
Mitglied des Bundestages

FAMILIEN AM LIMIT – BEITRÄGE STEIGEN, PERSPEKTIVEN SINKEN

In der Stadtratssitzung am 25.11.2025 wurde unseren Stadträten erneut eine Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertageseinrichtungen vorgelegt. Für viele junge Familien bedeutet das: Die finanzielle Belastung steigt weiter – ein Ende ist nicht in Sicht.

Seit Jahren werden Eltern immer stärker zur Kasse gebeten. Während politisch gern von Familienförderung gesprochen wird, sieht die Realität anders aus. Steigende Lohn- und Sachkosten pro Betreuungsplatz treiben die Beiträge kontinuierlich nach oben – und die Familien tragen die Folgen dieser Entwicklung unmittelbar.

Gleichzeitig befindet sich Deutschland seit zwanzig Jahren in einer anhaltenden demografischen Krise. Die Geburtenrate liegt aktuell bei nur noch rund 1,35 Kindern je gebärfähiger Frau – ein historisch niedriger Wert. Diese Entwicklung ist auch in Gröditz deutlich spürbar. Weniger Kinder bedeuten nicht

nur weniger Leben in unserer Stadt, sondern setzen auch die freien Träger der Kindertageseinrichtungen massiv unter Druck.

Der Stadtrat hat am 27.01.2026 beschlossen, die Kita „Sonnenland“ in kommunale Trägerschaft zu überführen und die Kita „Buratino“ zu schließen. Diese Entscheidung ist Ausdruck der angespannten Lage. Die Fraktion der AfD setzt darauf, dass durch diese Neuordnung zumindest eine Stabilisierung der Elternbeiträge erreicht werden kann und die Stadt wieder mehr Kontrolle über die Kostenentwicklung erhält.

Doch die demografische Schieflage wirft noch grundlegendere Fragen auf: Wie soll die Bildungsinfrastruktur in Gröditz künftig aussehen? Ist eine Erneuerung oder gar ein Neubau der Schule unter diesen Voraussetzungen noch realistisch? Oder braucht es endlich ein langfristiges Konzept, das Familien stärkt, statt sie weiter zu belasten?

Eines ist klar: Ohne eine konsequente politische Kurskorrektur drohen weiter steigende Beiträge, sinkende Kinderzahlen und schwindende Perspektiven für junge Familien in unserer Stadt.

Steffen Reck,
AfD-Stadtrat Gröditz

**AfD-Stammtisch
in Gröditz**

Termine für 2026:

**Mittwoch, 25.03./29.04./27.05./
24.06./19.08./23.09./28.10./25.
11./16.12.**

Beginn: 19 Uhr

**Ort: Gaststätte Sportlerheim,
Waldweg 3, 01609 Gröditz**



WERDEN SIE MITGLIED BEI DER ERFOLGREICHSTEN PATRIOTISCHEN BEWEGUNG UNSERES LANDES.

Aufnahmeantrag für Neumitglieder



■ Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte (www.afd.de/grundsatzprogramm). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akad.Titel:* _____ ☐ w. ☐ m. Nachname: _____
 Vorname: _____ geboren am: _____
 Straße, Nr.: _____ PLZ, Wohnort: _____
 Staat: _____ Staatsangehörigkeit: _____
 Bundesland: _____ Kreis/Bezirk: _____
 Telefon/Mobil:* _____ E-Mail: _____
 Beruf/Tätigkeit:* _____

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? ☐ Ja, im Landesverband _____ ☐ Nein

■ Ich möchte zugleich der Jugendorganisation beitreten (nur für Mitglieder unter 36)

☐ Ja ☐ Nein

Der Zusatzbeitrag beträgt bis zur Vollendung des 26. Lebensjahres 3 Euro/Monat bzw. bis zur Vollendung des 36. Lebensjahres 5 Euro/Monat. Mit meinem Beitritt zur Jugendorganisation erkenne ich ihr Jugendstatut an (www.afd.de/jugendstatut).

■ Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung (von - bis in Jahreszahlen):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/unvereinbar). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

■ Mitgliedsbeitrag

Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den Mitgliedsbeitrag den eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend anzusetzen (Richtwert für den Monatsbeitrag: 1 % des monatlichen Nettoeinkommens). Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreisschatzmeister bewilligt werden.

Ich zahle einen Jahresbeitrag von _____ EUR. Als (freiwillige) Aufnahmespende zahle ich _____ EUR*.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ vierteljährlich (ab 30 EUR/Quartal) ☐ monatlich (ab 10 EUR/Monat)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

■ Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partei/landesverbaende) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ort, Datum:

Unterschrift des Antragstellers:
(ggf. der Erziehungsberechtigten)

SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggfs. die einmalige Aufnahmespende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt).

Kontoinhaber (falls vom Antragsteller abweichend): _____

IBAN: _____

BIC: _____

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

☐ Ich willige in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten ein und akzeptiere die Datenschutzhinweise (www.afd.de/datenschutz). Ich bin berechtigt, der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten jederzeit zu widersprechen (www.afd.de/kontakt).